



Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V. im Rat der Stadt Köln

An den
Vorsitzenden des
Rates

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Herrn
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 21.01.2008

AN/0158/2008

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	29.01.2008

Klage der EU-Kommission im Zusammenhang mit dem Bau der neuen Messehallen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schramma,

die Fraktion pro Köln bittet Sie, folgende Anfrage in die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung aufzunehmen und zu beantworten:

Die EU-Kommission hat kürzlich im Zusammenhang mit dem Bau der neuen Messehallen in Deutz beim Europäischen Gerichtshof eine Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland eingereicht. Ziel der Klage soll nach Medienberichten die Rückabwicklung der diesem Bauprojekt zugrundeliegenden Verträge oder hilfsweise eine Strafzahlung der Bundesrepublik Deutschland sein. Die EU-Kommission vertritt dabei die Rechtsauffassung, die Bauaufträge hätten europaweit ausgeschrieben werden müssen.

Dazu fragen wir an:

- 1.) Welche Erkenntnisse liegen der Verwaltung über den Inhalt der in Rede stehenden Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland vor?
- 2.) Wie bewertet die Verwaltung die Möglichkeit von Regresse- oder anderen Ansprüchen des Bundes gegen die Stadt Köln im Falle einer Prozeßniederlage der Bundesrepublik Deutschland beim Europäischen Gerichtshof?
- 3.) In welcher Form ist die Stadt Köln in das Verfahren eingebunden? Gibt es beispielsweise eine städtische Hilfestellung für den Bund bei der Verteidigung gegen die Klage? Falls ja, in welcher Form?
- 4.) Warum hat die Verwaltung die kommunalpolitischen Gremien bislang nicht über den Eingang dieser die Stadt Köln unmittelbar betreffenden Klage informiert?

gez. Manfred Rouhs